



MARX IS MUSS 10.5.–13.5.

Inhalt:

1. Einführung: Marxismus und Staat
2. Revolution und das „Absterben“ des Staates
3. Fallbeispiel: Die portugiesische Revolution 1974 / 75

Medienpartner:

INTEGRATION
junge Welt

*taz.die tageszeitung

neues deutschland
NEUER DEUTSCHLAND

Einleitung:

Die Debatte um den kapitalistischen „Staat“ und die Frage nach seiner Veränderbarkeit ist aktueller denn je. Wenn wir als Aktivistinnen und Aktivisten die Gesellschaft verändern wollen, dann kommen wir nicht umhin, bei Strategiedebatten auch den Staat miteinzubeziehen. Was ist der Staat? Welche Interessen hat er? Können wir ihn verändern, und wenn ja, wie? Marxistinnen und Marxisten gehen davon aus, dass der Staat ein Klassenstaat ist, der in Interessensunion mit der kapitalistischen Klasse die ungehinderte Kapitalakkumulation als größtes Interesse hat. Sie folgern daraus, dass der Staat deswegen letzten Endes nur über eine Revolution verändert werden kann. Wieso aber folgt aus einer marxistischen Analyse des Staates notwendig die Annahme, dass nur eine Revolution in der Lage sein wird, ihn zu verändern? Und ist der Begriff der „Revolution“ überhaupt noch aktuell?

Wir wollen uns in diesem Seminartag diesen und anderen Fragen nähern. In drei Schritten versuchen wir den zwei großen Begriffen „Staat“ und „Revolution“ auf den Grund zu gehen.

Der erste Teil bietet einen Überblick auf die Grundlagen der Staatstheorie bei Friedrich Engels und Karl Marx. Zu diesem Zweck lesen wir einen Ausschnitt aus dem Artikel „Der Marxismus und der Staat – Eine kurze Einführung“ von Stefan Bornost und Christian Schröppel.

Im zweiten Teil des Seminartags wollen wir dann einen kurzen Blick auf den modernen Staat wagen. Hier beginnen wir mit einem Auszug aus dem Band „Krieg und Globalisierung“ von David Meinenreis und Frank Renken. Hierin erklären die Autoren, wie aus vor dem Hintergrund der zunehmenden Konzentration des Kapitals zur Verzahnung mit dem Staat gekommen ist. Der Staat wurde im Kapitalismus des 20. Jahrhundert selbst zum wirtschaftlichen Akteur. Diese staatsinterventionistische Phase kam in den 70er Jahren in die Krise. Ideologisch drückte sich dies im Siegeszug des Neoliberalismus aus, der eine Phase der Deregulierung und Privatisierung mit sich brachte. In „Der neoliberale Staat“ vermittelt uns David Harvey nicht nur einen Eindruck davon, was neoliberale Theoretiker über den Staat denken. Sondern wir werden darüber hinaus auch erfahren, wie sich der Staat in Zeiten des Neoliberalismus verändert hat, jedoch – entgegen der Annahme vieler – nicht aufgelöst hat.

Zuletzt können wir dann in einem dritten Teil diskutieren, wie sich der Staat verändern bzw. abschaffen lässt. Dazu werden wir ein Kapitel aus Lenins „Staat und Revolution“ lesen. Lenin argumentiert hier, wieso und auf welche Weise der Staat nur innerhalb der Revolution von den Unterdrückten „aufgehoben“ werden kann. Außerdem werden wir anhand eines kurzen Abschnittes aus dem Buch „Portugal vor der Entscheidung“ von Tony Cliff ein Beispiel dafür betrachten, dass Revolutionen nicht nur Relikte vergangener Zeiten sind. Cliff gibt uns einen lebhaften Eindruck in die Portugiesische Revolution von 1974 und zeigt, dass Revolutionen nicht nur aus ökonomische Kämpfe bestehen, sondern „dass in einer revolutionären Periode der ökonomische Kampf in den politischen übergeht und umgekehrt“.

Weiterlesen:

- Wladimir Iljitsch Lenin: *Staat und Revolution* (mit einem Vorwort von Dietmar Dath), Laika Verlag, 2012.
- Tobias ten Brink: *Geopolitik - Geschichte und Gegenwart kapitalistischer Staatenkonkurrenz*, Verlag: Westfälisches Dampfboot, 2008.
- Chris Harman: *The state and capitalism today*, 1991; in: <https://www.marxists.org/archive/harman/1991/xx/statcap.htm>
- Joachim Hirsch: *Materialistische Staatstheorie*, VSA Verlag, 2005.
- Rosa Luxemburg: *Sozialreform oder Revolution*, 1899; in: <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/luxemburg/1899/sozrefrev/>

1. Einführung: Marxismus und Staat

Der Marxismus und der Staat – Eine kurze Einführung

Stefan Bornost, Christian Schröppel

Aus: Theorie 21. Staat, Regierung, Revolution - Marxistische Aufsätze, Berlin 2016, S. 16-28.

Die Überlegungen von Marx über den Staat setzen bei der Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie und dessen Vorstellung eines sich in der Wirklichkeit durchsetzenden Weltgeistes an. Marx erwidert, dass der Staat nicht auf einer Idee basiere sondern auf den materiellen Lebensbedingungen der Individuen. „Diese wirklichen Verhältnisse sind keineswegs von der Staatsmacht geschaffen, sie sind vielmehr die sie schaffende Macht“, schreibt Marx in „Die deutsche Ideologie“ 1845.

Für die Staatsbildung zentraler Kern der wirklichen Verhältnisse ist die Spaltung der Gesellschaft in Klassen. In ihrer Frühzeit, als die Menschen noch in natürlichen Geschlechtsverbänden lebten, die Produktivkräfte gering entwickelt waren und eine Anhäufung materieller Vermögen kaum möglich war, hat es keine Klassen und auch keinen Staat gegeben. Alle charakteristischen Einrichtungen des Staates, wie Beamtschaft, stehendes Heer, Polizei, Gefängnisse und Steuern, sind diesen Gesellschaften fremd. Die gesellschaftliche Gewalt ging von allen Mitgliedern der Gruppe aus. Es gab keine Trennung von Rechten und Pflichten. Alle produzierten mit und alle bestimmten mit. Es existierte die Autorität der Gemeinschaft, manchmal auch die Autorität der Alten oder der Frauen, aber es existierte keine Gruppe von Menschen, die nur zum Zwecke des Regierens von den anderen Menschen getrennt und über sie gestellt war. Die Menschen produzierten mit ihren spärlichen Arbeitsinstrumenten nur so viel, wie sie zum direkten Überleben brauchten. Die Existenz von Nichtproduzenten als besonderer gesellschaftlicher Gruppe war so gar nicht möglich.

Die Menschen blieben aber nicht auf dieser Stufe stehen. Sie entwickelten die Produktivkräfte weiter: Von dem Augenblick an, wo ein Mensch mehr erzeugen konnte als er zum unmittelbaren Überleben brauchte, wurde die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen möglich. Die nun entstehende Klassenspaltung machte es unmöglich, dass die öffentliche Gewalt weiterhin von allen Mitgliedern der Gesellschaft ausgeübt werden konnte. Eine solche Gesellschaft, sollte sie nicht im Kampf der Klassen zugrunde gehen, konnte nur existieren unter einer scheinbar neutralen dritten Macht, die über den Klassen stehend, das Allgemeinwohl vertretend, den Konflikt der Klassen unterdrückte oder in die nötigen Grenzen wies. Diese dritte Macht ist der Staat. Engels beschrieb diesen Prozess so:

Unter dieser, auf Geschlechtsbande begründeten Gliederung der Gesellschaft entwickelt sich indes die Produktivität der Arbeit mehr und mehr; mit ihr Privateigentum und Austausch, Unterschiede des Reichtums, Verwertbarkeit fremder Arbeitskraft [...] Die alte, auf Geschlechtsverbänden beruhende Gesellschaft wird gesprengt im Zusammenstoß der neu entwickelten gesellschaftlichen Klassen; an ihre Stelle tritt eine neue Gesellschaft, zusammengefasst im Staat, dessen Untereinheiten nicht mehr Geschlechtsverbände sondern Ortsverbände sind, eine Gesellschaft, in der die Familienordnung ganz von der Eigentumsordnung beherrscht wird und in der sich nun jene Klassengegensätze und Klassenkämpfe frei entfalten, aus denen der Inhalt aller bisherigen geschriebnen Geschichte besteht.

Und weiter:

Der Staat ist [...] ein Produkt der Gesellschaft auf bestimmter Entwicklungsstufe; er ist das Eingeständnis, dass diese Gesellschaft sich in einen unlösbaren Widerspruch mit sich selbst verwickelt, sich in unversöhnliche Gegensätze gespalten hat, die zu bannen sie ohnmächtig ist. Damit aber diese Gegensätze, Klassen mit widerstreitenden ökonomischen Interessen nicht sich und die Gesellschaft in fruchtlosem Kampf verzehren, ist eine scheinbar über der Gesellschaft stehende Macht nötig geworden, die den Konflikt dämpfen, innerhalb der Schranken der „Ordnung“ halten soll; und diese, aus der Gesellschaft hervorgegangene, aber sich über sie stellende, sich ihr mehr und mehr entfremdende Macht ist der Staat.

Das Wesen dieser Macht besteht in der staatlichen Kontrolle über die Zwangsmittel, deren grundlegendste die bewaffneten Streitkräfte bilden. Vor der Ausbildung von Klassen gab es keine Unterscheidung zwischen der Masse der Bevölkerung und denjenigen, die bei Bedarf in den Kampf zogen. Mit der Entstehung des Klassenwiderspruchs hört das jedoch auf: Zunächst war die Kriegsführung den freien Bürgern, oft denjenigen, die eine Rüstung, Weiterführung des Hofes usw. anbieten konnten, vorbehalten. Später, mit der Entwicklung des Staats, wurde die Kriegsführung grundsätzlich auf eine hierfür bestimmte und speziell ausgebildete Gruppe von Menschen beschränkt. Die Anwendung von Gewalt wird das Vorrecht einer besonderen Minderheit, deren Aufgabe es gleichermaßen ist, die Masse der „eigenen“ Bevölkerung zu unterdrücken wie äußere Feinde zu bekämpfen. So ist die Trennung des Staats von der Gesellschaft in erster Linie die Trennung der Zwangsmittel von den unmittelbaren Produzenten, von deren Mehrarbeit die herrschende Klasse abhängt. Die Bildung des Staates umfasst, wie Engels erklärt,

die Einrichtung einer öffentlichen Gewalt, welche nicht mehr unmittelbar zusammenfällt mit der sich selbst als bewaffnete Macht organisierenden Bevölkerung. Diese besondere, öffentliche Gewalt ist nötig, weil eine selbsttätige bewaffnete Organisation der Bevölkerung unmöglich geworden seit der Spaltung in Klassen“

Nach Marx und Engels entsteht der Staat im Übergang von der Gentilgesellschaft zur privatwirtschaftlichen Gesellschaft der Antike. Die private Aneignung des Produktionsüberschusses zieht die Klassengesellschaft nach sich. Der Staat wird aus dem Ertrag der privaten Ausbeutung und Aneignung alimentiert und sichert zugleich die Grundlagen dieser privaten Aneignung. Er sondert sich von der Gesellschaft ab, da er einerseits nur durch seine Heraushebung aus den partikularen Privatinteressen eine Ausrichtung der privaten Produzenten auf die wirtschaftliche Aktivität anstelle des politischen unmittelbaren Kampfs bewirken und so zur weiteren Hebung der Produktivität beitragen kann, andererseits den unterdrückten Klassen als Vertreter der gesamten

Gesellschaft gegenübertreten kann. Die Kriegsführung wird zu einer weiteren zentralen Aufgabe des Staats.

Der moderne Staat im Kapitalismus

Anders als die Sklavenwirtschaft des Altertums beruht der Kapitalismus auf der Ausbeutung formal freier und rechtlich gleich gestellter Bürger. Der Arbeiter wird durch kein Gesetz gezwungen, Arbeiter zu sein, d.h. Seine Arbeitskraft zu verkaufen. Wer jedoch kein Kapital, also keine Produktionsmittel besitzt, kann in der Regel nicht so effizient produzieren, dass er mit dem Verkauf seines Arbeitsergebnisses seinen Lebensunterhalt finanzieren könnte. Für die Arbeitskraft erhält der Lohnabhängige aber nur den Wert dieser Arbeitskraft, also das, was erforderlich ist, um die Arbeitskraft täglich wie auch langfristig reproduzieren und erneut anbieten zu können. Die Differenz zwischen dem Wert der von der Arbeitskraft geschaffenen Waren und dem Wert der Arbeitskraft fällt dem Kapitalisten als Mehrwert bzw. Profit zu. Aus diesem Profit finanziert der Kapitalist die Investitionen, die die Effizienz seiner Produktion steigern und damit sein Überleben in der Konkurrenz sichern. Diese Akkumulation des Kapitals ist die Triebfeder der kapitalistischen Entwicklung. Aber auch die Herrschaftsmittel, die dieses beschriebene Ausbeutungsverhältnis sichern, müssen aus dem Mehrwert finanziert werden. Der Kapitalist ist somit ökonomisch Herrscher, rechtlich jedoch Vertragspartner gegenüber dem Arbeiter. Politisch sind Kapitalist wie Arbeiter gleichgestellte Staatsbürger mit – in den heutigen Demokratien – auch gleichem und freiem Wahlrecht. Das zwingt die herrschende Klasse in viel stärkerem Maß als in vorangegangenen Gesellschaftsformen, die Ausübung ihrer Herrschaft zu versachlichen, zu entpersonalisieren, sie allgemeinen Regeln zu unterwerfen und somit Willkür zu vermeiden. Es gibt also die paradox erscheinende Situation, dass die Kapitalisten nicht direkt herrschen in dem Sinn, dass sie unmittelbar den Staatsapparat besetzen. Stattdessen sind es ökonomische Sachzwänge, letztlich die alternativlose Wahl zwischen Arbeiten oder Verhungern, die die Arbeiter dazu nötigen, sich der Ausbeutung zu unterwerfen:

Der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse besiegelt die Herrschaft des Kapitalisten über den Arbeiter. Außerökonomische, unmittelbare Gewalt wird zwar immer noch angewandt, aber nur ausnahmsweise.

Der Staat ist für Marx und Engels an erster Stelle ein Mittel, mit dem die Herrschaft einer einzelnen Klasse aufrechterhalten werden kann – zum Ausdruck gebracht in zugespitzten Aussagen wie: „Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuss, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet.“ Oder: „Die politische Gewalt im eigentlichen Sinne ist die organisierte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer anderen.“ Bereits in seiner Schrift „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“ von 1843 betonte Marx, dass der moderne Staat gekennzeichnet ist durch seine Trennung von der bürgerlichen Gesellschaft, seine Trennung vom ökonomischen und gesellschaftlichen Leben. Engels beschreibt die Ausweitung dieser besonderen Gewalt als Resultat der Klassenunterdrückung und der zwischenstaatlichen Konkurrenz:

Diese öffentliche Gewalt existiert in jedem Staat; sie besteht nicht bloß aus bewaffneten Menschen, sondern auch aus sachlichen Anhängseln, Gefängnissen und Zwangsanstalten aller Art [...] Sie verstärkt sich [...] in dem Maß, wie die Klassengegensätze innerhalb des Staats sich verschärfen und wie die einander begrenzenden Staaten größer und volkreicher werden – man sehe nur unser heutiges Europa an, wo Klassenkampf und Eroberungskonkurrenz die öffentliche Macht auf eine Höhe emporgeschraubt haben, auf der sie die ganze Gesellschaft und selbst den Staat zu verschlingen droht.

Marx konkretisiert diesen Gedanken in seinen Berichten über die Pariser Kommune. Darin spürt er die Ursprünge des modernen kapitalistischen Staats in den absolutistischen, also aus den ständischen Grundlagen gelösten, Monarchien auf, wie sie in Europa zu Beginn der Neuzeit entstanden sind.

Die zentralisierte Staatsmaschinerie, die mit ihren allgegenwärtigen und verwickelten militärischen, bürokratischen, geistlichen und gerichtlichen Organen die lebenskräftige bürgerliche Gesellschaft wie eine Boa constrictor umklammert [umstrickt], wurde zuerst in den Zeiten der absoluten Monarchie als Waffe der entstehenden modernen Gesellschaft in ihrem Kampf um die Emanzipation vom Feudalismus geschmiedet. Die grundherrlichen Vorrechte der mittelalterlichen Feudalherren, Städte und Geistlichkeit wurden in Attribute einer einheitlichen Staatsgewalt verwandelt, die die feudalen Würdenträger durch bezahlte Staatsbeamte ersetzte und die Waffen von den mittelalterlichen Gefolgsleuten der Grundbesitzer und den Korporationen der Städtebürger an ein stehendes Heer übertrug; sie setzte an die Stelle der buntscheckigen [parteigefärbten] Anarchie sich befehrender mittelalterlicher Mächte den geregelten Plan einer Staatsmacht mit einer systematischen und hierarchischen Teilung der Arbeit. Die erste französische Revolution mit ihrer Aufgabe, die nationale Einheit zu begründen [eine Nation zu schaffen], musste jede lokale, territoriale, städtische und provinzielle Unabhängigkeit beseitigen. Sie war daher gezwungen, das zu entwickeln, was die absolute Monarchie begonnen hatte, die Zentralisation und Organisation der Staatsmacht, und den Umfang und die Attribute der Staatsmacht, die Zahl ihrer Werkzeuge, ihre Unabhängigkeit und ihre übernatürliche Gewalt über die wirkliche Gesellschaft auszudehnen.

Der Triumph des Kapitalismus hatte so die Macht und die Effizienz des Staatsapparats enorm gestärkt. Dieser wurde in die Lage versetzt, eine Aufgabe wahrzunehmen, die Friedrich Engels mit dem Begriff des „ideellen Gesamtkapitalisten“ beschrieb. Da Marx' Staatstheorie später erheblichen Verkürzungen und Entstellungen ausgesetzt war, lohnt es sich, diese Formulierung genauer zu untersuchen.

Der Staat als ideeller Gesamtkapitalist

Spätere Marx-Interpreten haben die anfangs zitierte Bestimmung des Staats als Ausschuss, der die gemeinsamen Geschäfte des Bürgertums verwaltet, so gelesen, als würde Marx behaupten, der Staat wäre ein pures Werkzeug der Kapitalisten zur Unterdrückung der Ausgebeuteten.

Aber Marx' Analyse ist viel differenzierter. Ein wesentlicher Punkt seiner Kapitalismusanalyse ist, dass die Kapitalisten nicht nur mit den Ausgebeuteten, also der Arbeiterklasse, im Konflikt liegen, sondern durch die kapitalistische Konkurrenz auch untereinander. Wäre der Staat nur eine einfache Widerspiegelung der Summe der Kapitalisten in der öffentlichen Gewalt, so wäre der Staatsapparat völlig durch die unterschiedlichen Partikularinteressen der Kapitalisten fraktioniert und handlungsunfähig.

Deshalb ist gerade für die Aufrechterhaltung der Ausbeutung eine eigene, von den konkurrierenden Einzelkapitalien getrennte institutionalisierte Form der Gewalt notwendig. Diese Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsweise und der bestehenden Eigentumsverhältnisse insgesamt ist die wesentliche Aufgabe des Staates.

Der Staat kann und muss nicht nur mit der Arbeiterklasse Konflikte austragen, sondern auch mit einzelnen Kapitalfraktionen. Er muss über die Einzelinteressen von Kapitalisten hinweggehen können, um das kapitalistische Gesamtinteresse garantieren zu können. Er muss in den periodisch wiederkehrenden Krisen des Kapitalismus, die zahlreiche Kapitalisten in den Abgrund reißen und bei entsprechender Tiefe den Fortbestand des gesamten Systems bedrohen können, handlungsfähig sein, um das System aus eigenen Mitteln heraus zu stabilisieren.

Die letzte „große Staatsaktion“ dieser Art konnten und können wir in jüngster Vergangenheit sehen: Ohne die konzertierte Aktion der Staaten und ihrer Notenbanken nach dem Zusammenbruch der Bank Lehmann Brothers, der sogenannten „Bankenrettung“, wäre ein ähnlich tiefer Krisenverlauf wie nach dem Crash 1929 durchaus wahrscheinlich gewesen.

Aber auch außerhalb von Krisen, im kapitalistischen Normalbetrieb, sichert der Staat auf vielfältige Arten und Weise den Fortgang der Kapitalakkumulation. Zentrale Punkte sind:

- –Schutz eines Territoriums sowie von Rechtsräumen zur Absicherung materieller und immaterieller Investitionen und Vermögenswerte; Ausbildung von Arbeitskräften;
- militärische Intervention und Anwendung wirtschaftlicher und sonstiger besonderer Zwangsmittel und Maßnahmen zum Schutz von Investitionen, Anlagen und Absatzmärkten außerhalb seines Herrschaftsbereichs;
- Zentralisierung der Verhandlungen mit anderen Staaten über die Ausgestaltung wirtschaftlicher Ordnungen, Produktstandards, Patentschutzvorschriften und Rechtsnormen;
- währungspolitische Maßnahmen und unmittelbare Eingriffe der Zentralbank zum Schutz der nationalen Währung und des nationalen Kreditwesens;
- fiskalische, währungspolitische und sonstige Maßnahmen zur Steuerung und Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung;
- Verstaatlichung und Insolvenzverwaltung zum Schutz wesentlicher Industrien und Wertschöpfungszusammenhänge;
- regionale und sektorale Wirtschaftsförderung zur Hebung von Konkurrenz- und Synergieeffekten, die aus dem freien Marktprozess selbst nicht notwendig unmittelbar resultieren;
- Verstaatlichung oder staatlicher Aufbau von Betrieben (Eisenbahn, Straßen, Post usw.), die durch die Marktkräfte nicht, nicht in geeigneter Form oder nicht in der zur Sicherung der allgemeinen Kapitalakkumulation notwendigen Zeit entstehen würden;
- schließlich Maßnahmen zum Schutz und zur Förderung bestimmter Investitionen und Betrieben durch Subventionen, Zölle, besondere Handelsbestimmungen.

Ein weiteres zentrales Feld staatlichen Handelns ist mit dem Begriff „Sozialstaat“ und der Moderation des Klassenkonflikts verbunden. „Nach Marx“, so schreibt Wladimir I. Lenin, „ist der Staat ein Organ der Klassenherrschaft, ein Organ zur Unterdrückung der einen Klasse durch die andere, ist die Errichtung derjenigen ‚Ordnung‘, die diese Unterdrückung sanktioniert und festigt, indem sie den Konflikt der Klassen dämpft.“¹ Soll heißen: Auch wenn einzelne Kapitalisten ein Interesse an maximaler Ausbeutung haben, ist die völlige Zerrüttung der Lebensverhältnisse der Lohnabhängigen der langfristigen Stabilität des Systems abträglich. Daraus abgeleitet ist der „Sozialstaat“, also insbesondere Arbeits- und Sozialgesetzgebung, Teile des Familienrechts, Rentensystem und Rentengesetzgebung, staatliche Maßnahmen wie der soziale Wohnungsbau auf drei wesentliche Leitorientierungen zurückzuführen: die Aufrechterhaltung einer leistungsfähigen Schicht von Lohnabhängigen, die Vermeidung des unmittelbaren, noch nicht bewusst politischen Klassenkampfes wie dem „Niederbrennen einer Fabrik“, und schließlich der Befriedung des politischen Klassenkampfes durch gewisse Zugeständnisse an die unterdrückten Klassen. Auch die Frage der Reproduktion ist also ein Feld staatlichen Handelns. So kann zum Beispiel im Falle eines Arbeitskräftemangels der Staat die staatliche Kinderbetreuung ausbauen, um mehr Frauen für den Arbeitsmarkt freizusetzen – wie es beispielsweise in der DDR geschehen ist. Die Wahrnehmung der Summe dieser Funktionen macht den Staat zum „ideellen Gesamtkapitalisten“ – einem eigenständigen Akteur, dessen Träger, also die Staatsbürokratie, eher das strategische „große Ganze“ besorgt, also den Fortbestand guter Bedingungen für die Kapitalakkumulation.

Relativ eigenständig, aber nicht neutral

Die Tatsache, dass der Staat weder personell noch in seiner Funktion identisch ist mit dem Kapital, hat bis heute oft dem Eindruck Vorschub geleistet, der Staat wäre ein neutrales Territorium, welches dem dient, der gerade die Regierungsmacht „erobert“ hat, also potentiell auch der Arbeiterklasse. In der sozialdemokratischen Zweiten Internationale und bei deren wichtigsten Vertretern Karl Kautsky (1854–1938) und August Bebel (1840–1913) geht die Kritik am Staat und der Form der Politik im Kapitalismus dann auch völlig unter. Der Staat wird fast ausnahmslos als Mittel der menschlichen Emanzipation betrachtet: Sozialismus wird hier mit der Eroberung der Staatsmacht und seiner Nutzbarmachung für das Proletariat gleichgesetzt. Kritisiert wird nicht mehr die Form des Staat an sich, sondern nur die Personen, die an den Schalthebeln des Staats und der Regierung sitzen.

Doch mit Eigenständigkeit meint die marxistische Staatstheorie eben nicht Neutralität oder Zweckoffenheit des Staates, sondern die formelle Trennung vom Kapital und bewaffnete Körperschaften, also Polizei, Streitkräfte etc., unter der eigenen direkten Kontrolle. Das alles macht den Staat aber nicht zu einem unabhängigen Akteur zwischen Kapital und Arbeit – deshalb ist die Eigenständigkeit nur relativ.

Der heutige Staat hat sich Untergliederungen geschaffen, die auf vielen verschiedenen Bereichen der Gesellschaft tätig sind. So werden beispielsweise Sozialversicherungen aus Zwangsabgaben auf ökonomische Tätigkeiten im Lohnarbeitsverhältnis finanziert. Für

1

W. I. Lenin, *Staat und Revolution*, in: Lenin, *Werke*, Dietz Verlag, Berlin (DDR), 1972, Bd. 25.

Leistungen der sozialen Sicherung werden Steuern erhoben, für Rundfunksendungen Gebühren. Auch der Kernbereich des Staates, der das Privateigentum im Besonderen und somit die kapitalistische Produktionsweise im Allgemeinen sichert, muss aus der gesellschaftlichen Wertschöpfung alimentiert werden. Diese Alimentierung geschieht notwendig aus den Mitteln der herrschenden Klasse, also aus dem von dieser Klasse durch die Ausbeutung der Lohnabhängigen angeeigneten Mehrwert. Während dies im sogenannten „Nachtwächterstaat“, der sich auf die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und die militärische Macht beschränkt hatte, noch klar erkennbar war, verschmilzt die Alimentierung des Staates aus dem Mehrwert im aufgefächerten „arbeitenden Staat“ mit dem allgemeinen Steuerertrag.

Will der Staat seine Handlungsfähigkeit nicht aufs Spiel setzen, so darf er seine ökonomische Basis, die Mehrwertproduktion, nicht gefährden. Voraussetzung der Produktion und Aneignung von Mehrwert durch die herrschende Klasse ist die langfristig erfolgreiche Kapitalakkumulation. Die Staatsbürokratie ist vom erfolgreichen Fortgang der kapitalistischen Ausbeutung und Entwicklung abhängig.

Ausgehend von einer systemtheoretisch motivierten Gesellschaftsanalyse deutet der amerikanische Marxist Fred Block die strukturelle Abhängigkeit des Staats von einer erfolgreichen kapitalistischen Akkumulation wie folgt:

[...] diejenigen, die den Staatsapparat leiten, sind – unabhängig von ihrer eigenen politischen Ideologie – davon abhängig, dass es ein hinreichend hohes Niveau wirtschaftlicher Aktivität gibt. Dies trifft aus zwei Gründen zu: Zum einen ist die Fähigkeit des Staates, sich mittels Steuern oder Schulden zu finanzieren, vom Zustand der Wirtschaft abhängig. [...] Zum anderen fällt die öffentliche Unterstützung für eine Staatsführung im Falle eines wirtschaftlichen Einbruchs dramatisch; die Arbeitslosigkeit steigt und wichtige Güter werden knapp. [...] Daher haben Kapitalisten, in ihrer kollektiven Rolle als Investoren, ein Veto gegenüber staatlichen politischen Maßnahmen, indem sie durch Investitionszurückhaltung die Leiter des Staates in ernste Schwierigkeiten bringen können. Dies hält diese von vorne herein von Maßnahmen ab, die die Investitionsbereitschaft des Kapitals deutlich verringern könnten. Es tritt eine Tendenz ein, dass die staatlichen Institutionen ihre Maßnahmen auf das Ziel der Erleichterung und Förderung privater Investitionen ausrichten.

Das zwingt die Politik, für Bedingungen zu sorgen, die die kapitalistische Akkumulation innerhalb der Staatsgrenzen fördern. Sie muss ihre Interessen als nationalkapitalistische Interessen verstehen. Sie muss für „ihre“ Unternehmen die bestmöglichen Bedingungen zur „internationalen Konkurrenzfähigkeit“ durchsetzen. Die Begründung für die Politik der Agenda 2010 ist ein Beispiel dafür. Die sozialdemokratische Abgeordnete Monika Griefahn erklärte 2003 in einem Vortrag: „Wir wollen mit der Agenda 2010 dafür sorgen, dass Deutschland stark ist, leistungsfähig, international wettbewerbsfähige und innovative Unternehmen hat.“

Der kapitalistische Staat ist ein Klassenstaat. Nicht, weil er einfach als Instrument der Unternehmer fungiert, sondern weil es ein Interesse seiner bürokratischen und politischen Funktionäre gibt, die Profitlogik mit allen Mitteln zu verteidigen. In seinem Buch „Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems“ schreibt der Politikwissenschaftler Joachim Hirsch:

Das Staatspersonal sieht sich selbst dann dazu veranlasst, die Voraussetzungen für das Gelingen des Akkumulations- und Verwertungsprozesses zu garantieren, wenn es keinem direkten Einfluss oder Druck von Seiten des Kapitals ausgesetzt ist. Der Staat der bestehenden Gesellschaft ist also aus strukturellen Gründen „kapitalistisch“ und nicht allein deshalb, weil er direkten Einflüssen des Kapitals unterworfen ist“.

Eine Zuspitzung zur Klärung der Aussage: Über den großen Einfluss von Lobbyisten der Wirtschaftsverbände auf die Politik sind zahlreiche Studien veröffentlicht. Das Gesetz zur Bankenderegulierung ist zum Beispiel direkt von einem Bankenvertreter an einem eigens dafür aufgestellten Schreibtisch im Finanzministerium erstellt worden. Doch Lobbyismus ist erstmal nur ein Symptom der kapitalistischen Konkurrenz: Einzelne Kapitalgruppen wollen, dass für sie relevante Teile der Ministerien Gesetze und Maßnahmen in ihrem Sinne erlassen. Lobbyismus ist aber nicht die Ursache der pro-kapitalistischen Ausrichtung des Staates. Der Staat würde auch im Interesse der Kapitalakkumulation handeln, wenn es keinen einzigen Lobbyisten gäbe.

Das alles hat wichtige Konsequenzen im Hinblick auf die Klassenstellung derjenigen, die die Staatsbürokratien lenken. Sie mögen als Einzelpersonen kein Privatkapital besitzen. Dennoch sind sie gezwungen, sich als „Agenten der Kapitalakkumulation“ zu verhalten, und sind somit, nach der Definition von Marx, Teil der kapitalistischen Klasse. All das heißt jedoch nicht, dass es keine Eigeninteressen des Staats gibt, die ihn auch in Konflikt mit den Einzelkapitalien oder auch mit großen Teilen der Kapitalistenklasse bringen können.

Es gibt Fälle, in denen diejenigen, die den Staat kontrollieren, mit bestimmten Vertretern von Einzelkapitalien oder Kapitalfraktionen brechen. So konfiszierten die Nazis den Besitz der Familie Thyssen und gründeten die staatlichen Hermann-Göring-Werke. Der ägyptische Präsident Gamal Abdel Nasser enteignete ausländisches und inländisches Kapital und machte es zu Staatskapital. Doch in den genannten Fällen stand nie zur Diskussion, ob der Staat den Bedürfnissen der Kapitalakkumulation gerecht wird, sondern lediglich wie – nur darin besteht der Spielraum der Staatsbürokratie.

Zusammengefasst: Die marxistische Staatstheorie widerspricht sowohl der Anschauungsweise des Staats als unabhängiger neutraler Instanz als auch der Theorie des Staats als bloßes Instrument der herrschenden Klasse. Er versteht den Staat als eine Institution, welche die Klassengesellschaft zur Grundlage hat und die Herrschaft der ökonomisch herrschenden Klasse politisch durchsetzt. Es ist die strukturelle Abhängigkeit des Staatsapparats von einer erfolgreichen Kapitalakkumulation, die ihn in eine, wenn auch nicht konfliktfreie, Interessenunion mit dem Kapital binden.

Eine neue Gesellschaft kann und darf daher nicht auf der in der kapitalistischen Gesellschaft aufgebauten Staatlichkeit beruhen. Der Staat muss als Herrschaftsverhältnis abgeschafft werden, da er der Umwälzung der Gesellschaft im Wege steht. Das meinte Karl Marx, als er schrieb, dass die Arbeiterklasse „nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen“ könne.

Teil 2: Revolution und das „Absterben“ des Staates

Das „Absterben“ des Staates und die gewaltsame Revolution

Lenin

Aus: Wladimir Iljitsch Lenin, *Staat und Revolution* (Geschrieben 1917; in: Lenin, Werke, Band 25, Berlin/DDR, 1972)

[...] Das Proletariat ergreift die Staatsgewalt und verwandelt die Produktionsmittel zunächst in Staatseigentum. Aber damit hebt es sich selbst als Proletariat, damit hebt es alle Klassenunterschiede und Klassengegensätze auf, und damit auch den Staat als Staat. Die bisherige, sich in Klassengegensätzen bewegende Gesellschaft hatte den Staat nötig, das heißt eine Organisation der jedesmaligen ausbeutenden Klasse zur Aufrechterhaltung ihrer äußeren Produktionsbedingungen, also namentlich zur gewaltsamen Niederhaltung der ausgebeuteten Klasse in den durch die bestehende Produktionsweise gegebenen Bedingungen der Unterdrückung (Sklaverei, Leibeigenschaft oder Hörigkeit, Lohnarbeit). Der Staat war der offizielle Repräsentant der ganzen Gesellschaft, ihre Zusammenfassung in einer sichtbaren Körperschaft, aber er war dies nur, insofern er der Staat derjenigen Klasse war, welche selbst für ihre Zeit die ganze Gesellschaft vertrat: im Altertum Staat der sklavenhaltenden Staatsbürger, im Mittelalter des Feudaladels, in unsrer Zeit der Bourgeoisie. Indem er endlich tatsächlich Repräsentant der ganzen Gesellschaft wird, macht er sich selbst überflüssig. Sobald es keine Gesellschaftsklasse mehr in der Unterdrückung zu halten gibt, sobald mit der Klassenherrschaft und dem in der bisherigen Anarchie der Produktion begründeten Kampf ums Einzeldasein auch die daraus entspringenden Kollisionen und Exzesse beseitigt sind, gibt es nichts mehr zu reprimieren, das eine besondere Repressionsgewalt, einen Staat, nötig machte. Der erste Akt, worin der Staat wirklich als Repräsentant der ganzen Gesellschaft auftritt – die Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft –, ist zugleich sein letzter selbständiger Akt als Staat. Das Eingreifen einer Staatsgewalt in gesellschaftliche Verhältnisse wird auf einem Gebiete nach dem andern überflüssig und schläft dann von selbst ein. An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen. Der Staat wird nicht ‚abgeschafft‘, *er stirbt ab*. [...]

Ohne zu fürchten fehlzugehen, darf man sagen, daß von dieser wunderbar gedankenreichen Engelsschen Betrachtung nur so viel wirkliches Gemeingut des sozialistischen Denkens in den heutigen sozialistischen Parteien geworden ist, daß der Staat nach Marx „abstirbt“, im Unterschied zur anarchistischen Lehre von der „Abschaffung“ des Staates. Den Marxismus so zurechtstutzen heißt ihn zu Opportunismus herabmindern, denn bei einer solchen „Auslegung“ bleibt nur die vage Vorstellung von einer langsamen, gleichmäßigen, allmählichen Veränderung übrig, als gebe es keine Sprünge und Stürme, als gebe es keine Revolution. Das „Absterben“ des Staates im landläufigen,

allgemein verbreiteten Sinne, im Massensinne, wenn man so sagen darf, bedeutet zweifellos eine Vertuschung, wenn nicht gar eine Verneinung der Revolution.

Indessen bedeutet eine solche „Auslegung“ die größte, nur für die Bourgeoisie vorteilhafte Entstellung des Marxismus, die theoretisch auf dem Außerachtlassen der wichtigsten Umstände und Erwägungen beruht, wie sie allein schon in der gleichen, von uns vollständig zitierten „zusammenfassenden“ Betrachtung von Engels dargelegt sind.

Erstens. Ganz zu Anfang dieser Betrachtung sagt Engels, daß das Proletariat, indem es die Staatsgewalt ergreift, „den Staat als Staat aufhebt“. Darüber nachzudenken, was das zu bedeuten hat, ist „nicht üblich“. Gewöhnlich wird dies entweder ganz ignoriert oder für eine Art „hegelianische Schwäche“ von Engels gehalten. In Wirklichkeit drücken diese Worte kurz die Erfahrungen einer der größten proletarischen Revolutionen, die Erfahrungen der Pariser Kommune von 1871 aus, worüber an entsprechender Stelle ausführlicher gesprochen werden soll. In Wirklichkeit spricht Engels hier von der „Aufhebung“ des Staates der *Bourgeoisie* durch die proletarische Revolution, während sich die Worte vom Absterben auf die Überreste des *proletarischen* Staatswesens *nach* der sozialistischen Revolution beziehen. Der bürgerliche Staat „stirbt“ nach Engels nicht „ab“, sondern er wird in der Revolution vom Proletariat „aufgehoben“. Nach dieser Revolution stirbt der proletarische Staat oder Halbstaat ab.

Zweitens. Der Staat ist „eine besondere Repressionsgewalt“. Diese großartige und überaus tiefe Definition legt Engels hier ganz klar und eindeutig dar. Aus ihr folgt aber, daß die „besondere Repressionsgewalt“ der Bourgeoisie gegen das Proletariat, einer Handvoll reicher Leute gegen die Millionen der Werktätigen, abgelöst werden muß durch eine „besondere Repressionsgewalt“ des Proletariats gegen die Bourgeoisie (die Diktatur des Proletariats). Darin eben besteht die „Aufhebung des Staates als Staat“. Darin eben besteht der „Akt“ der Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft. Und es ist ohne weiteres klar, daß eine *solche* Ablösung der einen (bürgerlichen) „besonderen Gewalt“ durch eine andere (proletarische) „besondere Gewalt“ unter keinen Umständen in Form des „Absterbens“ erfolgen kann.

Drittens. Vom „Absterben“ und noch plastischer und bildhafter vom „Einschlafen“ spricht Engels ganz klar und eindeutig in Bezug auf die Epoche *nach* der „Besitzergreifung der Produktionsmittel durch den Staat im Namen der gesamten Gesellschaft“, d.h. NACH der sozialistischen Revolution. Wir wissen alle, daß die politische Form des „Staates“ in dieser Zeit die vollkommenste Demokratie ist. Doch keinem der Opportunisten, die den Marxismus schamlos verzerren, kommt es in den Sinn, daß hier bei Engels somit vom „Einschlafen“ und „Absterben“ der *Demokratie* die Rede ist. Auf den ersten Blick mag das sehr sonderbar erscheinen. Doch „unverständlich“ bleibt das nur dem, der nicht bedacht hat, daß die Demokratie *auch* ein Staat ist und daß folglich auch die Demokratie verschwinden wird, sobald der Staat verschwindet. Den bürgerlichen Staat kann nur die Revolution „aufheben“. Der Staat überhaupt, d.h. die vollkommenste Demokratie, kann nur „absterben“.

Viertens. Nachdem Engels seinen berühmten Satz „Der Staat stirbt ab“ aufgestellt hat, erläutert er sofort konkret, daß dieser Satz sich sowohl gegen die Opportunisten als auch gegen die Anarchisten richtet. Dabei steht bei Engels an erster Stelle diejenige Folgerung aus dem Satz vom „Absterben des Staates“, die gegen die Opportunisten gerichtet ist. [...]

Fünftens. In dem gleichen Werk von Engels, in dem die Betrachtung über das Absterben des Staates enthalten ist – an die sich alle erinnern –, finden sich Ausführungen über die Bedeutung der gewaltsamen Revolution. Die geschichtliche Bewertung ihrer Rolle wird bei Engels zu einer wahren Lobrede auf die gewaltsame Revolution. Dessen „erinnert sich niemand“; über die Bedeutung dieses Gedankens zu reden, ja auch nur nachzudenken, ist in den heutigen sozialistischen Parteien nicht üblich, in der täglichen Propaganda und Agitation unter den Massen spielen diese Gedanken gar keine Rolle. Indes sind sie mit dem „Absterben“ des Staates untrennbar zu einem harmonischen Ganzen verbunden.

Hier diese Ausführungen von Engels:

Daß die Gewalt aber noch eine andre Rolle“ (als die einer Vollbringerin des Bösen) „in der Geschichte spielt, eine revolutionäre Rolle, daß sie, in Marx' Worten, die Geburtshelferin jeder alten Gesellschaft ist, die mit einer neuen schwanger geht, daß sie das Werkzeug ist, womit sich die gesellschaftliche Bewegung durchsetzt und erstarrte, abgestorbne politische Formen zerbricht – davon kein Wort bei Herrn Dühring. Nur unter Seufzen und Stöhnen gibt er die Möglichkeit zu, daß zum Sturz der Ausbeutungswirtschaft vielleicht Gewalt nötig sein werde – leider! denn jede Gewaltanwendung demoralisire den, der sie anwendet. Und das angesichts des hohen moralischen und geistigen Aufschwungs, der die Folge jeder siegreichen Revolution war! Und das in Deutschland, wo ein gewaltsamer Zusammenstoß, der dem Volk ja aufgenötigt werden kann, wenigstens den Vorteil hätte, die aus der Erniedrigung des Dreißigjährigen Krieges in das nationale Bewußtsein gedrungene Bedientenhaftigkeit auszutilgen. Und diese matte, saft- und kraftlose Predigerdenkweise macht den Anspruch, sich der revolutionärsten Partei aufzudrängen, die die Geschichte kennt? (S.193, dritte deutsche Auflage, Schluß des IV. Kapitels, Zweiter Abschnitt.)

Wie läßt sich diese Lobrede auf die gewaltsame Revolution, die Engels beharrlich von 1878 bis 1894, d.h. bis zu seinem Tode, den deutschen Sozialdemokraten darbot, mit der Theorie vom „Absterben“ des Staates in einer Lehre vereinen?[...]

Wir haben schon oben davon gesprochen und werden in der weiteren Darstellung ausführlicher zeigen, daß die Lehre von Marx und Engels von der Unvermeidlichkeit der gewaltsamen Revolution sich auf den bürgerlichen Staat bezieht. Dieser *kann* durch den proletarischen Staat (die Diktatur des Proletariats) *nicht* auf dem Wege des „Absterbens“ abgelöst werden, sondern, als allgemeine Regel, nur durch eine gewaltsame Revolution. Die Lobrede, die Engels auf die gewaltsame Revolution hält und die den vielfachen Erklärungen von Marx durchaus entspricht (erinnern wir uns an den Schluß des *Elends der Philosophie* und des *Kommunistischen Manifests* mit der stolzen und offenen Erklärung, daß die gewaltsame Revolution unausbleiblich ist; erinnern wir uns an die *Kritik des Gothaer Programms* vom Jahre 1875, fast dreißig Jahre später, in der Marx den Opportunismus dieses Programms schonungslos geißelte) – diese Lobrede ist durchaus keine „Schwärmerei“, durchaus keine Deklamation, kein polemischer Ausfall. Die Notwendigkeit, die Massen systematisch in *diesen*, gerade in diesen Auffassungen über die gewaltsame Revolution zu erziehen, liegt der *gesamten* Lehre von Marx und Engels zugrunde. Der Verrat an ihrer Lehre durch die heutzutage vorherrschenden sozialchauvinistischen und kautskyanischen Strömungen kommt besonders plastisch darin zum Ausdruck, daß man hier wie dort *diese* Propaganda, diese Agitation vergessen hat.

Die Ablösung des bürgerlichen Staates durch den proletarischen ist ohne gewaltsame Revolution unmöglich. Die Aufhebung des proletarischen Staates, d.h. die Aufhebung jeglichen Staates, ist nicht anders möglich als auf dem Wege des „Absterbens“. [...]

Portugal vor der Entscheidung

Tony Cliff

Aus: Tony Clif, *Portugal vor der Entscheidung* (1975)

Die Massen betreten die Arena

Die Masse der Arbeiter wartete nicht auf die Regierung oder auf die Arbeiterführer, um zu hören, was zu tun sei, sondern sie betraten selbst sofort und wirkungsvoll die Bühne der Geschichte. Der Zusammenbruch des Faschismus steigerte die Erwartungen. Revolutionen sind ungeduldig und die revolutionären Massen sind ungeduldig. Die Unterdrückten suchten nach radikalen Veränderungen des Lebens, nach erweiterten Horizonten.

Revolutionen durchbrechen die Mauern zwischen partiellen ökonomischen Kämpfen und dem allgemeinen politischen Kampf. Jede Art des Kampfes belegt die andere in wechselseitigem Verhältnis. Die Wochen und Monate nach dem 25. April 1974 bewiesen eindeutig, wie sehr diejenigen im Unrecht waren, die zwischen dem partiellen Kampf um ökonomische Reformen und dem politischen Kampf für die Revolution eine Chinesische Mauer sehen, und wie sehr Rosa Luxemburg im Recht war, als sie zeigte, daß in einer revolutionären Periode der ökonomische Kampf in den politischen übergeht und um-gekehrt. [Rosa Luxemburg schrieb:]

Allein die Bewegung im ganzen geht nicht bloß nach der Richtung vorn ökonomischen zum politischen Kampf, sondern auch umgekehrt. Jede von den großen politischen Massenaktionen schlägt, nachdem sie ihren politischen Höhepunkt erreicht hat, in einen ganzen Wust ökonomischer Streiks um. Und dies bezieht sich wieder nicht bloß auf jeden einzelnen von den großen Massenstreiks, sondern auch auf die Revolution im ganzen. Mit der Verbreitung, Klärung und Potenzierung des politischen Kampfes tritt nicht bloß der ökonomische Kampf nicht zurück, sondern er verbreitert sich, organisiert sich und potenziert sich seinerseits im gleichen Schritt. Es bestellt zwischen beiden eine völlige Wechselwirkung.

Jeder neue Anlauf und neue Sieg des politischen Kampfes verwandelt sich in einen mächtigen Anstoß für den wirtschaftlichen Kampf, indem er zugleich seine äußeren Möglichkeiten erweitert und dem inneren Antrieb der Arbeiter, ihre Lage zu verbessern, ihre Kampflust erhöht. Nach jeder schäumenden Welle der politischen Aktion bleibt ein befruchtender Niederschlag zurück aus dem tausendfältige Halme des ökonomischen Kampfes empor schießen. Und umgekehrt. Der unaufhörliche ökonomische Kriegszustand der Arbeiter mit dem Kapital hält die Kampfenergie in allen politischen Pausen wach, er bildet sozusagen das ständige frische Reservoir der proletarischen Klassenkraft, aus dem der politische Kampf immer von Neuem seine Macht hervorholt, und zugleich führt das unermüdliche ökonomische Bohren des Proletariats alle Augenblicke bald hier, bald dort zu einzelnen scharfen Konflikten, aus denen unversehens politische Konflikte auf großem Maßstab explodieren.

Mit einem Wort: der ökonomische Kampf ist das Fortleiten von einem politischen Knotenpunkt zum anderen, der politische Kampf ist die periodische Befruchtung des Bodens für den ökonomischen Kampf. Ursache und Wirkung wechseln hier alle Augenblicke ihre Stellen, und so bilden das ökonomische und das politische Moment in der Massenstreikperiode, weit entfernt, sich reinlich zu scheiden oder gar auszuschließen, wie es das pedantische Schema will, vielmehr nur zwei ineinander geschlungene Seiten des proletarischen Klassenkampfes in Rußland.

Nach dem 25. April 1974 war es die unmittelbare Aufgabe, sich von den Jahren der faschistischen Repression zu erholen und die Arbeiter zu vereinigen, die durch eine Unmenge von Gewerkschaften innerhalb der einzelnen Fabriken und eine Unmenge von Fabriken und Produktionseinheiten in der gesamten Industrie zersplittert waren. Die portugiesische Arbeiterklasse nahm die Aufgabe der Vereinigung in ihre eigenen Hände; in ganz Portugal wurden in den Fabriken Arbeiterkommissionen gewählt, um die Basiskämpfe anzuleiten, und zwar nicht nur auf lokaler Ebene, sondern auch für ganze Industriezweige und innerhalb ganzer Monopole.

In der Elektroindustrie ist ein Zusammenschluß gebildet worden, der Arbeiterdelegierte aller Elektrofirmen Plessey, STC, ITT, etc. - umfaßt. Viele Fabriken und Teile der Arbeiterschaft stellen regelmäßig Zeitungen und Bulletins für die Basis her. In einigen Fällen, wie zum Beispiel in der Woll- und Textilindustrie, den Docks und der Stahlindustrie werden für die Arbeiter ganzer Industriezweige Zeitungen herausgegeben. Die Basisorganisationen sind keine Alternativgewerkschaften, sondern werden von Delegierten gebildet, die in den Fabriken von der Gewerkschaftsbasis gewählt werden, sie sollen eine Initiative, demokratische Führung innerhalb der Fabrik sein. Die Fabrikkommissionen koordinieren die Tageskämpfe, und alle politischen Entscheidungen werden auf Massenversammlungen getroffen. Verhandlungen mit dem Management werden der Basis berichtet.

Von Anfang an sind in den Arbeiterkommissionen politische und ökonomische Forderungen eng miteinander verbunden gewesen. „saneamento“ (Säuberung) bedeutete weit mehr als einfach die Geheimpolizisten hinter Schloß und Riegel zu bringen. Wirkungsvoll und vollständig durchgeführt heißt es im Grunde genommen, die Struktur des bürgerlichen Staates zerstören. Weil die alte Staatshierarchie die Kontrolle über jede Ebene des gesellschaftlichen Lebens, der Banken, Kirchen, Schulen, Universitäten, über das Büro und Fabrikmanagement bedeutete, würde eine vollständige „saneamento“ die Zerstörung der gesamten gesellschaftlichen Hierarchie von den Aufsichtsräten bis hinunter zu den Meistern bedeuten.

In den großen Gesellschaften, besonders in den multinationalen, gingen die ökonomischen Forderungen Hand in Hand mit den Kämpfen um die Säuberung aller Mitglieder des Managements oder der Verwaltung, die in irgendeiner Art und Weise mit dem faschistischen Regime verbunden waren. „In einigen Fällen bedeutete dies die Entlassung aller,“ (Antonio Martins dos Santos, Funktionär der Lissaboner Metallgewerkschaft, interviewt in „Socialist Worker“ vom 27. Juli). Allein im Mai 1974 befanden sich über 200.000 Arbeiter aus den Schlüsselsektoren der Textilindustrie, des Schiffbaus, des Verkehrswesens, des Hotelgewerbes und der Lebensmittelversorgung, der Elektroindustrie, der Post und der Banken im Streik für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen wie für „saneamento“, In Lisnave streikten 8.400 Arbeiter und besetzten die Werften von Margoeira und Rocha do Conde de Orbidos. Die Hauptforderungen waren ein Mindestlohn von 750 DM im Monat und die 40-Stunden-Woche. In der Textilindustrie beschlossen etwa 6.000 Arbeiter der Laniícios von Corvitha, Tordozendo und Unhais de Sarra am 12. Mai in den Streik zu treten, um ihrer Forderung nach 70 DM mehr im Monat Nachdruck zu verleihen. Der Streik breitete sich auf mehrere Fabriken in Porto, Castanheira de Pera, Castele Branco, Cebolais de Liraar, Lissabon, Portalegre, Mira d' Aire und Arelar aus. Am 13. Mai begannen etwa 1.600 Bergarbeiter in Panasqueira einen Streik. Die Forderungen waren ein Mindestlohn von wenigstens 550 DM, ein jährlicher Bonus in Höhe eines Monatslohns, kostenlose medizinische Versorgung, Entlassung aller mit dem faschistischen Regime verbundenen Personen und einen Monat Urlaub. Der Streik endete am 20. Mai damit, daß alle Arbeiterforderungen erfüllt wurden. Die Arbeiter von Firestone in Lissabon, Alcochete Porto und Coimbra traten am 13. Mai in den Streik und besetzten die Fabriken. Sie verlangten die Säuberung der

Verwaltung von Elementen, die mit dem faschistischen Regime verbunden waren. Am 20. Mai nahmen sie die Arbeit wieder auf.

Gegen Ende Juni waren bedeutsame Fortschritte erzielt worden. Saneamento, obwohl in keiner Weise vollständig, hatte zum Resultat, daß die am meisten kompromittierten und bekanntesten rechten Leute aus den Ämtern, Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehstationen, lokalen Regierungsstrukturen, Kirchen und Fabriken in ganz Portugal entfernt waren.

Die konsequentesten und weitreichendsten Säuberungen wurden in denjenigen Fabriken vorgenommen, wo die Unterdrückung, die der Streikwelle vor dem Putsch gefolgt war, noch in frischer Erinnerung der Arbeiterklasse war. Für die multinationalen Konzerne bedeutete das Gesetz über die Einführung eines nationalen Mindestlohns durch die Regierung im Juni, und die Radikalität, mit der die Arbeiterklasse für seine Durchsetzung kämpfte und mit der die Basisorganisationen sich entwickelten, das Ende der Ära der Überausbeutung billiger und unterdrückter Arbeitskräfte. Gesellschaften wie Plessey, Timex und ITT begannen ihr Kapital ins Heimatland zurückschicken, versuchten Teile ihrer Niederlassungen stillzulegen und sich zurückzuziehen. Viele der kleinen und mittleren Unternehmen gingen Bankrott und schlossen oder wurden von ihren Eignern im Stich gelassen.

Der Kampf gegen die Entlassungen begann im Juli 1974. Im September 1975 gab es allein im industriellen Sektor 300.000 Arbeitslose. Die harten Bedingungen des portugiesischen Kapitalismus zwingen die Arbeiterklasse sich weiterhin zu verteidigen. Viele Fabriken sind von den Arbeitern und Arbeiterkommissionen übernommen worden, die kurz nach dem 25. April 1974 gewählt wurden, sie haben die Produktion wieder aufgenommen. Aber die Bosse gaben ohne Kampf nicht auf. Sie versuchten, das Streikgesetz gegen die Arbeiter anzuwenden. In Charminha, einer kleinen Kleiderfabrik außerhalb Lissabons, versuchten sie, die Gehälter mit geplatzten Schecks zu bezahlen. Der österreichische Manager floh ins Ausland; die Arbeiter, vorwiegend Frauen, gründeten eine Kooperative, um ihre Produkte zu verkaufen. In „Euroil“, eine Firma, die Plastik, Fasern, Seile und Sacktuche herstellte, und die zu ungelernete Arbeiter beschäftigt, versuchte das Management, die Gesellschaft in den Bankrott zu steuern. Die Arbeiter besetzten die Fabrik und produzierten weiter. Sie haben die Bosse ausgeschlossen, und fordern die Verstaatlichung ohne Entschädigung, unter der Kontrolle der Arbeiter. In Tintura Portugalia, dem größten Farbenkonzern in Portugal beantworteten die Bosse die Liste von Arbeiterforderungen mit einer Liste von Entlassungen und einer Aussperrung. Die Arbeiter besetzten die Fabrik und begannen ein „work-in“. Die Unternehmer, die geltend machten, daß das Unternehmen einer kritischen finanziellen Situation gegenüberstand, initiierten nichtsdestoweniger eine äußerst teure Verleumdungs- und Lügenkampagne gegen die Arbeiter in der nationalen Presse und im Rundfunk. Ihre Pläne wurden durch die Arbeiter der Rundfunkstation durchkreuzt, die die Kampagne boykottierten, und stattdessen die Arbeiterversion des Kampfes sendeten.

Eine neue Welle harter Kämpfe gegen Entlassungen über-schwemmte Portugal seit Januar. In den ersten sechs Wochen dieses Jahres gab es mehr als 250 Kämpfe um diese Frage. Streiks stellen nicht länger die Haupttaktik der Kämpfe dar. Stattdessen ist eine immer größer werdende Zahl von Fabriken in Portugal). Sie arbeiten mit importierten Rohstoffen und ein großer Teil der Waren, die mit billiger Arbeitskraft hergestellt werden, wird dann nach Europa exportiert. Die Arbeiter haben in Porto und in der Textilstadt Covilha Demonstrationen mit mehreren tausend Teilnehmern durchgeführt.

Am 25. Juni umstellten über 3.000 Arbeiter der TAP, der portugiesischen Fluggesellschaft, das Hauptverwaltungsgebäude, hielten die Manager in ihren Büros fest und forderten die Erfüllung ihrer 15

Monate alten Forderung. Um zu ermessen, wie weit der Kampf der Arbeiter voranschritt, muß man erwähnen, daß schätzungsweise etwa 300 Unternehmen von den Arbeitern übernommen worden sind.

Gemeinwesen-Aktionen

Als eine Fabrik nach der anderen von den Arbeitern besetzt wurde und Arbeiterkommissionen gewählt wurden, um sie in Betrieb zu halten, gab es eine wachsende Zahl von Bei-spielen, wo Arbeiter auf Nachbarschaftsebene für die Kontrolle anderer Bereiche mobilisierten, die ihr Leben beeinflussen, wie das Gesundheits-, Transport-, Erziehungswesen und die Wohnungsbeschaffung.

Kurz nach dem Putsch vom 25.April übernahmen die Familien in der Barackenstadt Bairro da Boavista an der Peripherie Lissabons eine Siedlung, die seit drei Jahren leer gestanden hatte. Diese Siedlung war, wie viele andere neue Siedlungen am Rande Lissabons, Teil eines Spekulantenplanes. Dieser Plan sah vor, Familien in andere Wohnungen unterzubringen, die im Stadtzentrum auf Grundstücken von hohem Spekulationswert wohnten. Die betreffenden Häuser sollten dann abgerissen werden und Platz schaffen für riesige Blocks, die die stinkvornehmen Hauptverwaltungen einiger Banken oder erstklassiger Hotels beherbergen sollten.

Eine Armeeabteilung, noch unter dem Eindruck der Ereignisse vom 25.April, wurde entsandt, um die Familien in die Wellblechhütten der Vorstadtslums zurückzutreiben. Der leitende Offizier, Mitglied der noch jungen Bewegung der Streitkräfte (MFA), der sich der entschiedenen Opposition der gesamten Gemeinschaft ausgesetzt sah, folgte der routinierten Praxis irgendeiner militärischen Operation in den Kolonialkriegen in Afrika. Er ging entschlossen auf das vermeintlich schwächste Kettenglied zu: eine alte Witwe, die gerade mit ihren zwei Söhnen eine Wohnung mit zwei Schlafzimmern, Elektrizität, fließendem Wasser und Toilette bezogen hatte. Sie antwortete: „Ihr erschießt mich besser gleich jetzt. In meinem ganzen Leben hatte ich die nackte Erde als Boden. Aber sterben will ich wenigstens auf einem anständigen.“ Der Offizier blieb für einen Augenblick stehen. Draußen sprachen die Männer, Frauen und Kinder, die sich versammelt hatten, um einer Vertreibung Widerstand zu leisten, mit den Soldaten: „Das hier könnte eure Barackenstadt sein! Denkt daran, daß auch ihr das Volk seid! Wendet eure Gewehre gegen die Spekulanten und nicht gegen eure Brüder und Schwestern!“ Der Offizier kapierte, verließ die Siedlung und nahm seine Kompanie mit. Die Besetzung war von der MFA „legalisiert“ worden. In einem Land, in dem über 2 Mio. Menschen in Slums und Wellblechbuden leben, werden Häuser nicht länger leerstehend gelassen. Sie werden besetzt. Linksgerichtete Parteien, Gewerkschaften und breit gefaßte Nachbarschaftsversammlungen stehen alle hinter einer Bewegung, durch die hunderte von unbenutzten oder mißbrauchten Häusern und Gebäuden besetzt worden sind und in Kindergärten, soziale Zentren, Krankenhäuser, Altersheime und für eine Menge anderer Zwecke, zugeschnitten auf die Bedürfnisse der Gemeinschaft, umgewandelt wurden.

Am 9.März beschloß eine Generalversammlung örtlicher Bewohner Portos die Besetzung eines Vier-Häuser-Komplexes mit 24 Wohnungen, das dem Justizministerium gehörte und seit 15 Jahren leer stand. In Cascais, einer Vorstadt Lissabons, besetzten ortsansässige Arbeiter einen exklusiven Sportclub und bildeten eine lokale Bewohnerkommission, um aus dem Club einen Kindergarten zu organisieren. In Areiras de Cima wurde ein Herrenhaus eines abwesenden Landbesitzers am 27.März von Leuten des Ortes übernommen. Sie bildeten eine Kommission, um es in eine Klinik, einen Kindergarten, ein Theater und ein Kulturzentrum umzubauen.

In Lissabon versammelten sich die Arbeiter des Portugiesischen Institutes für Rheumatologie in einem seit 9 Jahren leerstehenden Gebäude im Stadtzentrum und bauen nun darin ein Therapiezentrum für eine Krankheit auf, die in Portugal bis zum heutigen Tag keine angemessene Behandlung erfahren hat. Ein anderes Gebäude in Lissabon, das baufällige Hotel „Frankfurt“, das seit 2 Jahren leersteht, war das Ziel von Lissaboner Ladenarbeiter, die es am 7. April besetzten. Sie organisierten Gruppen von Arbeitern, die das Gebäude reinigten, instandsetzten, und nachts bewachten. Sie gaben ein Kommuniqué heraus, in dem sie die Ziele der Besetzung darlegten. Sie beabsichtigen, „einen Kindergarten zu schaffen, eine Bücherei, Kantinen und Gemeinschaftsräume, wo die Arbeiter diskutieren und lesen können, und auf unterschiedliche Weise ein besseres Klassenbewußtsein, ein besseres politisches Bewußtsein und einen besseren Kooperationsgeist entwickeln können.

In Corroios wurde am 7. März ein anderes Luxushotel besetzt. Ein Mitglied des Besetzungskomitees erklärte: „Die Arbeiter werden ihre Zeit der Umwandlung dieses luxuriösen Hotelkomplexes der Reichen in einen Ort widmen, wo die Arbeiter sich erholen können - in einen gemeinschaftlichen Speiseraum, einen Kinderhort und ein Zentrum für alte Leute. Die Arbeiter wollen ihren Ausbeutern zeigen und sich selbst beweisen, daß sie fähig sind, ihre eigenen Probleme zu lösen.“ Nicht nur leerstehende Häuser, auch öffentliche Dienstgebäude im Ort, besonders Kliniken und Krankenhäuser sind von den Nachbarschaftskommissionen in Beschlag genommen worden, die einen Volksgesundheitsdienst organisiert haben, der den Bedürfnissen der örtlichen Gemeinschaft angepaßt ist.

Eine Gruppe von Arbeitern beschloß in Mafra, ein großes Gebäude zu besetzen, weil sie die Notwendigkeit fühlten, einen Platz zu haben, wo sie ihre Kinder während der Arbeitszeit lassen konnten. Die Arbeiter verteilten Flugblätter an die Bevölkerung, in denen sie den Zweck der Besetzung erklärten und die Leute aufforderten, daran teilzunehmen und eine Kindergruppe zu organisieren.

Eine Nachbarschaftskommission in Ajuda besetzte ein Herrenhaus, das der Azevedo e Silva Familie gehört, den Eigentümern einer Elektromaterial-Firma. Seit den letzten 5 Jahren war ein Teil des Hauses als Warenlager für die Firma und der andere Teil überhaupt nicht benutzt worden. Das Herrenhaus soll jetzt als Kinderkrippe für die Arbeiterkinder dienen, deren Eltern in der Gegend leben. Die Arbeiter fordern die sofortige Entfernung des gesamten Materials, das noch im Haus ist und die sofortige Enteignung ohne Entschädigung.

Die Bewohner von Alhandra haben die Gebäude eines örtlichen Großgrundbesitzers und den umliegenden Grund und Boden besetzt, um einen dringend benötigten Kindergarten zu errichten, sowie eine Schule für die Kinder des Orts. Es wurde eine freiwillige Kommission gegründet, die die Arbeit im Kindergarten macht, der bereits 57 Kinder versorgt.